



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Flexible Ausgestaltung der Corona-Hilfsprogramme

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die einzelnen Corona-Hilfsprogramme (u. a. Soforthilfe Corona, Darlehens- und Bürgschaftsprogramme) für Unternehmen, die zuvor keine Hilfe in Anspruch genommen haben, hinsichtlich einer möglichen Inanspruchnahme zeitlich ausreichend zu flexibilisieren. Die Antragsfristen der Hilfsprogramme sollen bis einen Monat nach Auslaufen des durch die Corona-Krise ausgerufenen Katastrophenfalls gelten.

Begründung:

Bestimmte Berufsgruppen, die infolge einbrechender Auftragslagen zeitlich versetzt, erhebliche Einnahmeausfälle erleiden könnten, sollten dennoch durch staatliche Hilfsprogramme unterstützt werden. Durch die umfassende Verzahnung und Vernetzung unserer Wirtschaft, könnten infolge von indirekten und induzierten Effekten, Auswirkungen der COVID-19-Pandemie teilweise zeitlich versetzt bei einzelnen Unternehmen zum Ausdruck kommen, weswegen eine flexible Verlängerung der Hilfsprogramme notwendig ist.